

„Zu wenig Brot, und schlechter Zirkus“

Interview mit Lothar Witte



↳ Lothar Witte leitet das Büro Madrid der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Foto: privat

spw: In Spanien scheint mit der „Bewegung des 15. Mai“ eine breite und landesweite gesellschaftliche Protestbewegung entstanden zu sein, die bis zu 60 000 Menschen mobilisieren konnte. Wie setzt sie sich zusammen und aus welchen Milieus speist sie sich?

»» **L.W.:** Die Internetplattform *Democracia Real Ya*, der Ursprung der Bewegung, entstand im Dezember 2010 im studentischen Milieu, v.a. im Umfeld von *Juventud sin futuro* (Jugend ohne Zukunft). Dabei konnte auf Erfahrungen aus der Mobilisierung gegen das *Ley Sinde*, ein Gesetz zur Regulierung des Internet, zurück gegriffen werden. Die Bewegung erhielt schnell Zulauf aus der kritischen Zivilgesellschaft, bspw. attac.

Mit dem Auftauchen aus dem virtuellen Raum und dem Festsetzen auf den Straßen und Plätzen des öffentlichen Raumes gelang seit dem 15. Mai der Schritt von einer „Jugendbewegung“ der „üblichen Verdächtigen“ zu einer generationen- und milieuübergreifenden Protestbewegung, die der verbreiteten Unzufriedenheit mit der gesellschaftlichen Elite Spaniens Ausdruck verlieh. Wobei anzunehmen ist, dass Wähler der konservativen *Partido Popular* (PP) dabei deutlich unterrepräsentiert sind, aber selbst innerhalb dieser Gruppe überwiegen laut Meinungsumfragen die Befürworter der Proteste.

spw: Was sind die zentralen Forderungen der Bewegung? Wie sind ihr politisches Programm und ihre Strategie zu umreißen und inwiefern sind möglicherweise interne Dif-

ferenzen um eben jene Aspekte zu beobachten?

»» **L.W.:** Der am 15. Mai vorgestellte Forderungskatalog ist sehr breit gehalten, eine Art Katalog für eine bessere Welt. Im sozioökonomischen Bereich geht es v.a. um das Recht auf Arbeit und das Recht auf eine angemessene Wohnung, eine verbesserte Qualität der öffentlichen Dienstleistungen, die gesellschaftliche Kontrolle über den Bankensektor und Veränderungen im Steuersystem. Konkrete Forderungen sind u.a. die Umverteilung der Arbeit durch Arbeitszeitverkürzung, Mietzuschüsse für Bedürftige, die Einführung einer Tobin-Steuer und das Verbot von Finanzhilfen für die Banken. Die politischen Forderungen konzentrieren sich auf die Stärkung der bürgerlichen Freiheiten und der partizipativen Demokratie sowie den Abbau der Privilegien der politischen Klasse, u.a. die Aufhebung der Immunität.

Am 5.6. beschlossen Vertreter der Bewegung aus 56 Orten auf einer Art landesweiter Vollversammlung auf der *Puerta del Sol* in Madrid, das zunächst die Reform des Wahlgesetzes, politische Transparenz und die partizipative Demokratie im Vordergrund stehen sollen. Es sollen 500.000 Unterschriften für eine Gesetzesinitiative für ein tatsächliches Verhältniswahlrecht gesammelt werden, um die aktuelle Zwei-Parteien-Dominanz von PP und PSOE aufzubrechen.

Die ökonomischen Forderungen sind gegenüber den politischen Forderungen in den

Hintergrund getreten. Der Ruf nach einer anderen Art von Politik ist geeigneter, einen Konsens zu erzielen, als die Forderungen nach Veränderungen des Wirtschaftssystems. Sollte sich diese Tendenz durchsetzen, würde die Bewegung sich noch stärker als bisher in der Mitte der Gesellschaft verorten. Es ist aber in dieser offenen, heterogenen Bewegung nicht ganz klar, wer eigentlich für sie spricht und welche Forderungen als gemeinsame Positionen betrachtet werden können.

spw: Welche Ursachen für die Proteste lassen sich aus der spanischen Situation heraus erklären und welche tieferliegenden politischen und ökonomischen Legitimationskrisen lassen sich identifizieren?

» **L.W.:** Um es mit einem Slogan der Protestbewegung auszudrücken: Zu wenig Brot, und schlechter Zirkus.

Auch wenn das BIP im Jahre 2011 wieder leicht wachsen wird: Das spanische Akkumulationsmodell steckt in einer tiefen Krise, und ein tragfähiges neues Modell ist nicht in Sicht. Bei Vergleichen der Produktivität und der Wettbewerbsfähigkeit kann Spanien mit Ländern wie Deutschland und Frankreich nicht mithalten. Und die Arbeitslosenrate von derzeit über 20 Prozent wird voraussichtlich nur sehr langsam reduziert werden können. Für die jüngere Generation, die sogar zu über 40 Prozent arbeitslos ist, sind dies deprimierende Aussichten.

Der schlechte Zirkus wird insbesondere in den Parlamenten geboten. Die großen Parteien, PP und PSOE, erreichen aufgrund des Wahlrechts auf nationaler Ebene und in vielen Regionen und Kommunen zusammen um die 80 Prozent der Sitze und treten gegeneinander an, statt sich mit der konzeptionellen Vielfalt einer ausdifferenzierten Parteienlandschaft auseinander setzen zu müssen. Ab 2012 ist sogar mit der flächendeckenden Dominanz nur einer Partei, der PP, zu rechnen.

Teilweise ist dies eine Folge der Vereinbarungen, die im Rahmen des Übergangs zur Demokratie, der *transición*, getroffen wurden. Die *transición* wird v.a. von den Jüngeren als ein Pakt des Schweigens kritisiert, eine Aufarbeitung der Vergangenheit des Franco-Regimes ist bislang nicht erfolgt.

spw: Inwiefern spiegelt sich der Protest im Ergebnis der jüngsten Kommunalwahl wieder und konnte ihr Programm Einzug in den politischen Diskurs Spaniens insgesamt halten? Welche Rolle spielen dabei Gewerkschaften und sozialistische Partei?

» **L.W.:** Meiner Meinung nach haben die Proteste nur geringen Einfluss auf die Wahlen genommen. Auf den politischen Diskurs haben sie sich bislang auch kaum ausgewirkt. Und die PSOE ist nach der Niederlage erst einmal mit sich selbst beschäftigt, bereitet sich v.a. organisatorisch und personell auf die nächsten Parlamentswahlen Anfang 2012 vor.

Langfristig könnte die Mobilisierung eine Chance für die PSOE bedeuten, wenn die Partei konzeptionell und organisatorisch auf dieses Potenzial zugeht. Die Protestbewegung speist sich zu einem nicht unwesentlichen Teil aus einem Milieu, das vor sieben und auch vor drei Jahren noch für die PSOE gestimmt hat. Damals galt Zapatero als Hoffnungsträger für eine andere Art von Politik, er hat die in ihn gesetzten Erwartungen aber nicht immer – und in letzter Zeit immer weniger – erfüllen können.

Die beiden großen Gewerkschaftsdachverbände UGT und CCOO teilen zwar die meisten Forderungen der Protestbewegung, haben sich aber lange Zeit mit Kritik an der sozialistischen Regierung sehr zurück gehalten. Die Protestbewegung betrachtet sie ohnehin als Teil der privilegierten politischen Klasse, die v.a. ihre eigenen institutionellen Interessen verfolgen. Möglicherweise werden die Ge-

werkschaften nach dem erwarteten Wahlsieg der PP im nächsten Frühjahr offensiver agieren als bisher. Damit wäre auch eine Annäherung an die Protestbewegung zu erwarten.

spw: Lassen der spanische Protest und die aufkommenden Solidaritätsproteste bspw. in Frankreich eine europaweite Protestbewegung gegen postdemokratische Entwicklungstendenzen erwarten?

» L.W.: Mit einer solchen Vorhersage wäre ich vorsichtig. Die spanische Situation ist doch sehr zugespitzt: Die massive Arbeitslosigkeit einer kompletten nachwachsenden Generation, die Katerstimmung nach einer langen *Fiesta*, enttäuschte Hoffnungen gegenüber einem ehemaligen Hoffnungsträger, verkrustete politische Strukturen in einem Zwei-Parteien-System, da kommt einiges zusammen.

Was aber europaweit verbreitet ist, ist das Gefühl, dass ein Leben in Wohlstand und Frieden, wie es (in Westeuropa) über Jahrzehnte normal schien, für die jüngere Generation nicht mehr möglich sein wird. Falls die Politik, falls die Gesellschaften auf diese Herausforderung keine Antwort finden, werden der Verdross und die Empörung anwachsen.

Möglicherweise deutet sich hier auch ein spezifisch südeuropäisches Muster an: Die ehemalige Verheißung Europa ist in dieser Region für viele jüngere Menschen zur Bedrohung geworden, und die eigene politische Klasse wird als Repräsentantin anonymer Mächte („Brüssel“, „Berlin“) erlebt, die den Ausverkauf des eigenen Landes betreibt. Die positive Einstellung zu Europa hat in Spanien jedenfalls in den letzten zwei Jahren deutlich abgenommen. ■

☞ Das Interview führte Michael Reschke.

PapyRossa Verlag



Wolfgang Gehrcke (Hg.):
»Alle Verhältnisse umzuwerfen...« – Eine Streitschrift zum Programm der LINKEN | 235 Seiten | 12,- Euro

Auf welchen Analysen beruht der Programm-entwurf der LINKEN? Was ist unterbelichtet? Thematisiert werden u.a. die Eigentumsfrage, globale Gerechtigkeit, Medienpolitik sowie das Verhältnis von Sozialismus und Freiheit.



Heinz-J. Bontrup:
Arbeit, Kapital und Staat – Plädoyer für eine demokratische Wirtschaft | 649 Seiten | 28,- Euro

Die Alternative zu Profitexplosion und Sozialabbau: Wer wissen will, was der Begriff und das Konzept der Wirtschaftsdemokratie beinhalten, ist mit diesem fundierten Standardwerk bestens bedient.

Tel.: (02 21) 44 85 45 | mail@papyrossa.de
 www.papyrossa.de